

Demografischer Wandel in Japan, China und Deutschland

Vergleichbare Trends in unterschiedlichen Kulturkreisen

Deutschland und Japan gehören zu den Ländern mit dem höchsten Durchschnittsalter der Welt und China steuert infolge der so genannten „Ein-Kind-Politik“ ebenfalls in diese Richtung. Der demografische Wandel verändert die Voraussetzungen für die Entwicklung von Wohlstand und Lebensqualität in einem Land. Der Vergleich von Deutschland, Japan und China zeigt, dass bei der Entwicklung von Lösungsansätzen auch gesellschaftliche Wertvorstellungen berücksichtigt werden müssen.



Bevölkerungsrückgang vorprogrammiert

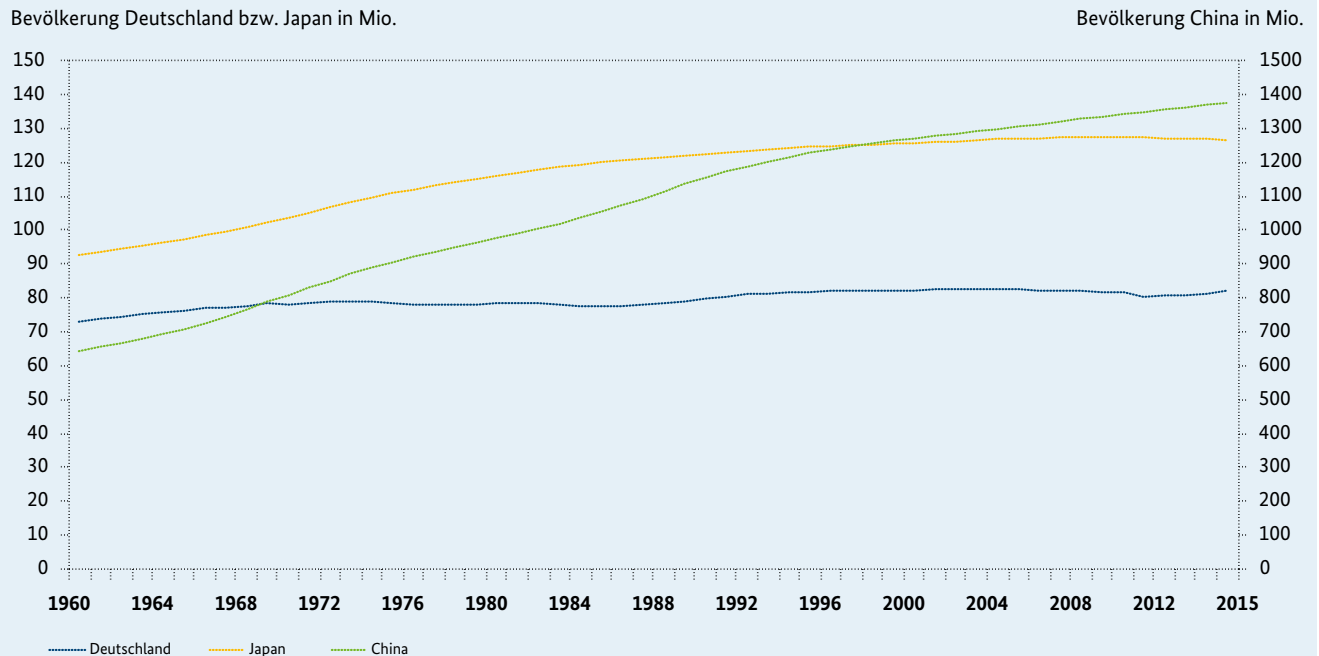
Die demografische Entwicklung eines Landes wird von den drei Faktoren Geburtenrate, Lebenserwartung und Wanderungssaldo beeinflusst. Niveau und Struktur der Bevölkerung ergeben sich aus dem Zusammenspiel dieser Faktoren.

In Japan ist die Bevölkerungszahl bereits seit dem Jahr 2010 rückläufig. China und Deutschland weisen am aktuellen Rand noch einen Bevölkerungszuwachs auf, wobei die deutsche Bevölkerung seit dem Jahr 1972 nur noch durch Zuwanderung zugenommen hat.

China ist mit seinen sehr hohen Geburtenraten zwischen 1950 und 1990 ein gutes Beispiel für den „demografischen

Trägheitseffekt“: Eine Bevölkerung, deren Fertilität auf das Ersatzniveau oder bereits darunter gesunken ist, kann noch mehrere Jahrzehnte weiter wachsen, wenn hohe Fertilitätsraten in der Vergangenheit zu einer starken Besetzung der jungen Altersgruppen geführt haben, die nun ins fertile Alter eintreten.

In Japan setzte der Babyboom früher ein als in Deutschland und endete auch früher. Die Geburtenrate ging allerdings in Deutschland schneller zurück als in Japan. Erst seit der Jahrtausendwende liegt sie in Japan unter der in Deutschland. Japan ist in der Vergangenheit schneller gealtert. Dort stieg das durchschnittliche Alter der Bevölkerung (Medianalter) zwischen 1960 und 2015 um 21 Jahre, während es in Deutschland um 11,5 Jahre anstieg.

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung 1960 bis 2015 in Millionen

Quelle: United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division; für Deutschland Statistisches Bundesamt

Sinkende Geburtenraten

In Deutschland und China kam es zu einem Sinken der Geburtenrate in den 70er Jahren; in Japan begann die Zahl der Geburten je Frau schon vor den 50er Jahren zu sinken. Das Beispiel Japans zeigt, dass Frauen in Industrieländern auch ohne Anti-Baby-Pille weniger Kinder bekamen. Dort setzte der Geburtenrückgang schon vor Einführung der Anti-Baby-Pille ein. Diese Verhütungsform spielt dort insgesamt bis heute eine untergeordnete Rolle.

In China sank die Geburtenrate bereits vor der Geburtenkontrolle durch Einführung der Ein-Kind-Politik im Jahr 1979 deutlich. Die Datenlage in China ist wohl erst seit der Gründung der Volksrepublik China 1953 vergleichbar. Nachdem die Volkszählung 1953 um 100 Millionen über dem vorher angenommenen Wert lag, begannen damals schon die politischen Bemühungen um eine Begrenzung des Bevölkerungswachstums.

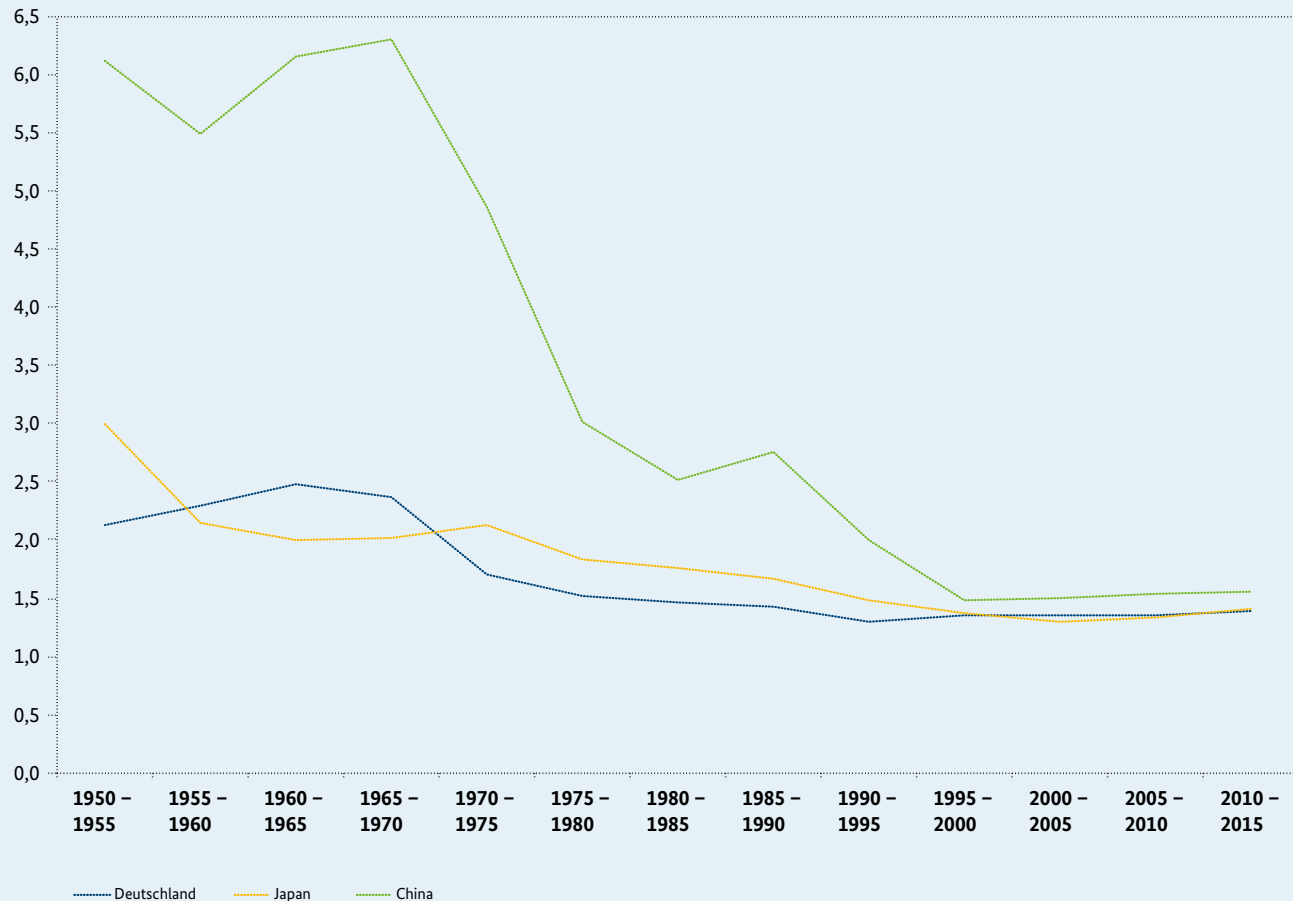
In Deutschland hingegen stieg die Geburtenrate in den fünfziger und sechziger Jahren noch stark an – die so genannten Babyboomer – und begann dann Ende der

sechziger Jahre zu sinken, was auch als „Pillenknick“ bezeichnet wird. Nach heutiger Interpretation war die Einführung der Anti-Baby-Pille jedoch nicht Hauptauslöser des Geburtenrückgangs. Sie ging einher mit gesellschaftlichem Wertewandel im Zusammenhang mit Emanzipation und dem Abschied vom Familienmodell eines männlichen Alleinverdieners.

Aktuell ist in Deutschland die Geburtenrate wieder auf 1,5 Kinder je Frau angestiegen. Relativierend ist dabei allerdings zu beachten, dass bis zum „Pillenknick“ die Zahl der Geburten im Jahr 1964 über 1,3 Millionen lag – im Jahr 2015 betrug sie dagegen nur 0,7 Millionen. Eine Geburtenrate von 1,5 Kindern je Frau bedeutet, dass jede folgende Generation (auch der potenziellen Mütter) um knapp ein Drittel kleiner ist als ihre Elterngeneration. Obleich der kulturelle Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich nicht sehr groß ist, bringt in Frankreich eine Frau im Durchschnitt zwei Kinder zur Welt. Als wesentliche Gründe werden eine familienfreundlichere Steuerpolitik, bessere Betreuungsmöglichkeiten und gesellschaftspolitische Gründe gesehen.

Abbildung 2: Zusammengefasste Geburtenziffer 1960 bis 2013

Kinder je Frau



Quelle: United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division; Durchschnittswerte für die jeweiligen Fünfjahreszeiträume, für Deutschland ohne Zensusbereinigung (nach Zensus: 2011: 1,39; 2012: 1,41; 2013: 1,4)

Die absolute Zahl der Geburten hängt stark mit der vorangegangenen Bevölkerungsentwicklung eines Landes zusammen. Für die Zahl der Neugeborenen ist neben der Geburtenrate insbesondere die Zahl der Frauen im Alter zwischen 26 und 35 Jahren relevant. Die Geburtenhäufigkeit ist gegenwärtig bei Frauen dieser Altersspanne am höchsten.

Seit dem Jahr 2008 hat sich die Zahl der Frauen in Deutschland in diesem Alter stabilisiert und nimmt sogar zu, was die Geburtenzahl noch einige Jahre positiv beeinflussen könnte. Nach dem Jahr 2020 wird die Zahl der Frauen zwischen 26 und 35 Jahren allerdings voraussichtlich deutlich zurückgehen, wodurch ein erneutes Geburtentief entstehen dürfte. Eine langfristig stabile Geburtenzahl setzt dann einen Anstieg der Geburtenrate und eine höhere Nettozuwanderung voraus.

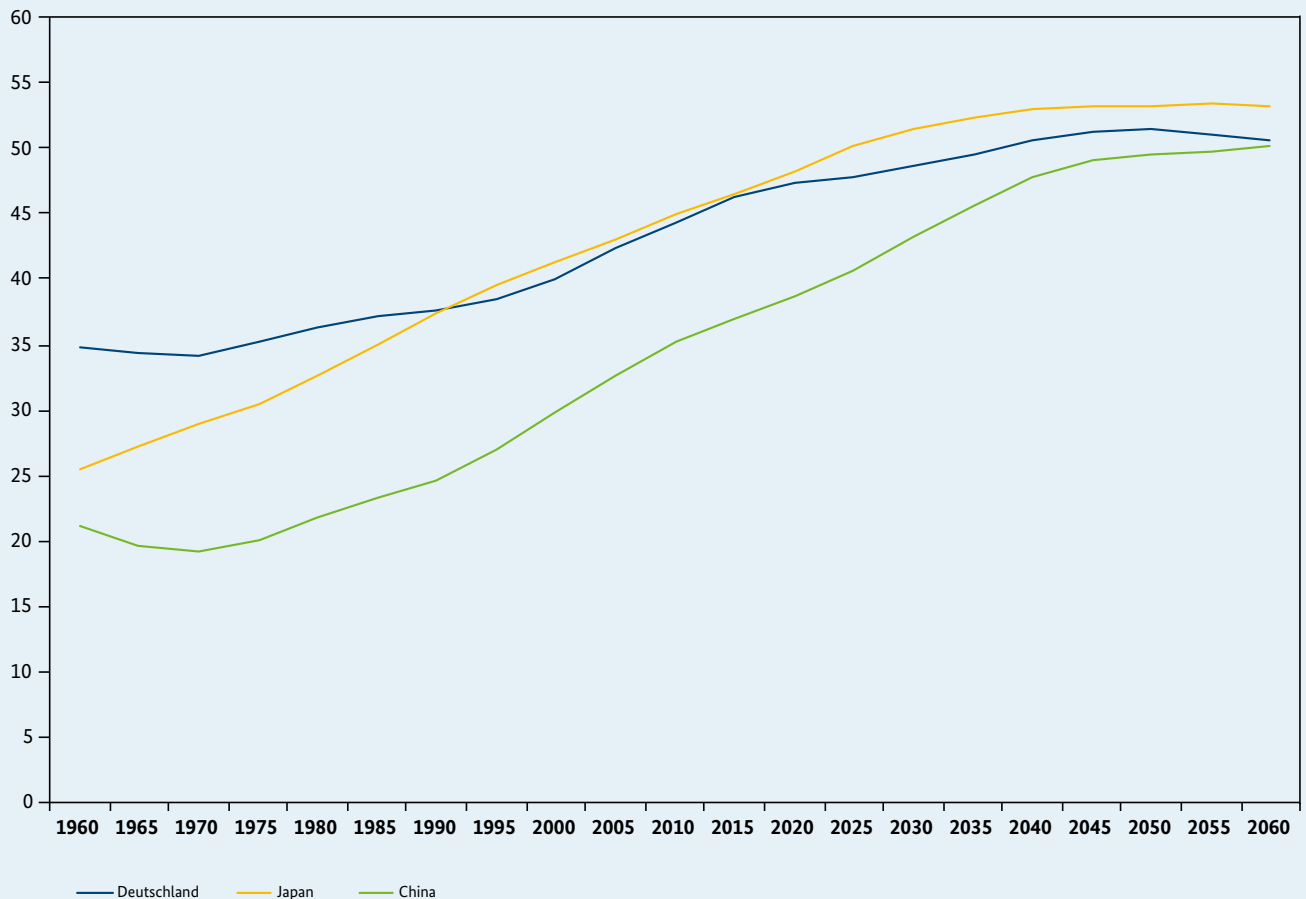
Lebenserwartung steigt weiter an

Medizinischer Fortschritt und zunehmendes Gesundheitsbewusstsein lassen die Lebenserwartung in allen drei Ländern deutlich ansteigen. Zusammen mit den nicht bestandserhaltenden Geburtenraten – in entwickelten Gesellschaften mit niedriger Kindersterblichkeit müssen für die Bestandserhaltung durchschnittlich 2,1 Kinder je Frau geboren werden – kommt es somit zur Alterung der Bevölkerung in Deutschland, Japan und China.

Im weltweiten Vergleich sind Japan und Deutschland im Jahr 2015 die Länder mit dem höchsten Medianalter. Die Alterung in China schreitet sehr schnell voran.

Abbildung 3: Medianalter 1960 bis 2060

in Jahren



Quelle: United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division; für Deutschland Statistisches Bundesamt

Wanderungssalden können stabilisierend wirken

Deutliche Unterschiede bestehen im Hinblick auf die Migration – sie spielt (bisher) in Japan und China eine traditionell untergeordnete Rolle. In Japan hängt dies eher mit gesellschaftlichen Wertvorstellungen und Überfremdungängsten zusammen – in China ist dies eher politisch geprägt.

In Deutschland werden die niedrige Geburtenrate und die steigende Lebenserwartung durch Migration mehr als ausgeglichen: Seit dem Jahr 1990 hat Deutschland einen Wanderungsgewinn von über sieben Millionen Personen erzielt. Die natürliche Bevölkerungsbilanz, d.h. Geburten im Vergleich zu Sterbefällen, ist hingegen seit den 1970er Jahren negativ.

Bevölkerungsvorausberechnungen als Signal für die Politik

In Deutschland wurde im Jahr 1966 mit den ersten Bevölkerungsvorausberechnungen begonnen. Sie zeigen, wie sich die Bevölkerungszahl und der Altersaufbau der Bevölkerung unter bestimmten Annahmen zur Entwicklung wesentlicher Komponenten der Bevölkerungsbewegung – Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und Wanderungen – innerhalb der kommenden bis zu 50 Jahre verändern. Die demografischen Prozesse vollziehen sich allmählich und wirken sich auf die Bevölkerungssituation oft erst nach mehreren Jahrzehnten vollständig aus. Mit den Bevölkerungsvorausberechnungen ist es möglich, noch unsichtbare, jedoch bereits „vorprogrammierte“ künftige Veränderungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu veranschaulichen.

Bevölkerungsvorausrechnungen basieren auf Annahmen und sind deshalb mit Unsicherheiten behaftet. Ihre Ergebnisse hängen von der aktuellen Bevölkerungszahl und -struktur sowie von Annahmen zur Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und der Wanderungen ab. Da der Verlauf der einzelnen Komponenten weit in die Zukunft schwer vorhersehbar ist, haben langfristige Bevölkerungsvorausrechnungen einen Modellcharakter. Die Berechnung von mehreren Szenarien erlaubt es, die Spannweite möglicher Veränderungen bei alternativen Annahmen zur Entwicklung der bestimmenden Komponenten aufzuzeigen.

Gegenwärtige Ergebnisse signalisieren Handlungsbedarf

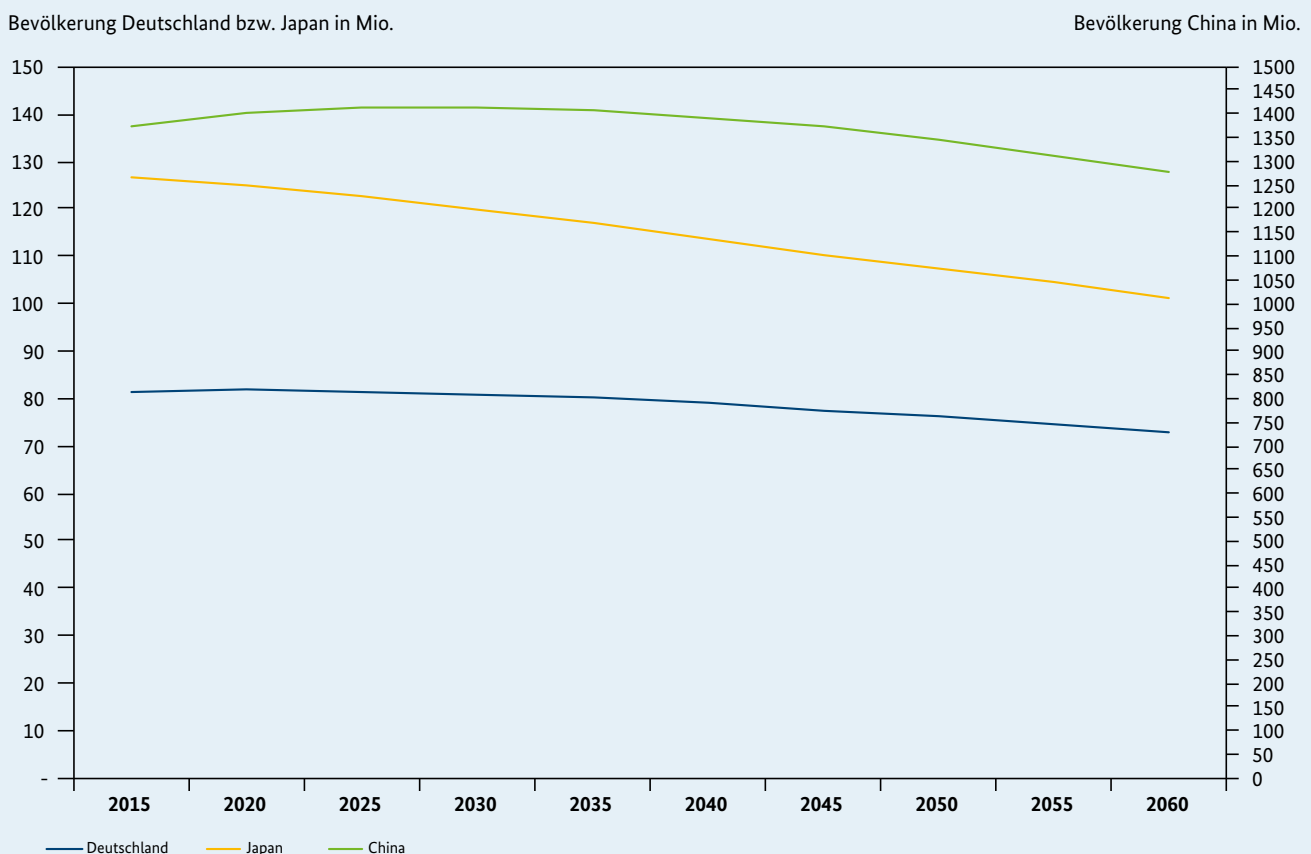
In Japan ist die Bevölkerung seit dem Jahr 2011 um ca. 530.000 Personen zurückgegangen. Dieses Schrumpfen wird sich künftig noch dramatisch beschleunigen. Bis

zum Jahr 2060 rechnet die UN in der mittleren Variante der „World Population Prospects: The 2015 Revision“ mit einem Rückgang in Höhe von immerhin 25 Millionen Personen. Unter den bevölkerungsreichsten Ländern war Japan im Jahr 1950 auf Platz 5, heute liegt es noch auf Platz 11 und im Jahr 2050 wird es voraussichtlich nur noch auf Platz 17 sein.

In China wird die Bevölkerungszahl voraussichtlich nach dem Jahr 2030 beginnen zu sinken. Im Jahr 2022 dürfte Indien dann China als bevölkerungsreichstes Land ablösen. Bis 2060 rechnet die UN mit einem Rückgang von etwa 100 Millionen Personen gegenüber 2015.

Für Deutschland zeigt eine mittlere Variante ein Minus von acht Millionen Personen bis 2060 gegenüber 2015. Bei anhaltend hoher Zuwanderung und einer höheren Geburtenziffer scheint aber auch eine stabile Entwicklung bis 2060 möglich.

Abbildung 4: Bevölkerungsvorausrechnungen 2015 bis 2060 in Millionen



Quelle: United Nations, World Population Prospects: The 2015 Revision, Medium Variant, Statistisches Bundesamt 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung, Variante 2, Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung

Fazit

Die aktuell hohe Zuwanderung kann den Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung in **Deutschland** bis zum Jahr 2035 nicht wesentlich verlangsamen. Eine Nettozuwanderung kann aber zu einer Stabilisierung der Bevölkerungszahl führen. Auch der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter würde deutlich gedämpft ausfallen. Vergleichbares gilt langfristig bis zum Jahr 2060, wenn die jährliche Zuwanderung weiter hoch bliebe und der aktuell zu beobachtende moderate Anstieg der Geburtenrate sich als dauerhaft erweisen würde. Bei einem positiven Wanderungssaldo von 300.000 kombiniert mit einer Geburtenrate von 1,6 und einem stärkeren Anstieg der Lebenserwartung würde der bisher angenommene Rückgang der Bevölkerungszahl deutlich geringer ausfallen. Wie sich die durch überwiegend junge Zuwanderer veränderte Bevölkerungsstruktur auf die Erwerbstätigkeit auswirkt, hängt von deren Integration in den Arbeitsmarkt ab. Aber auch wenn die Bevölkerungszahl insgesamt stabil bleiben sollte, schützt dies nicht vor strukturellen Herausforderungen einer insgesamt älter werdenden Gesellschaft wie Erwerbspersonenrückgang, Belegschaftsalterung, Fachkräftemangel, regionalen Disparitäten, Innovations- und Produktivitätsproblemen sowie Finanzierungslasten der Alterung für die Sozialsysteme.

Der demografische Wandel wird die Voraussetzungen für die Entwicklung von Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten also deutlich verändern.

Die Bundesregierung hat daher 2012 die Demografiestrategie verabschiedet und einen Dialogprozess mit Gestaltungspartnern aus Ländern, Kommunen, Wirtschafts- und Sozialverbänden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft angestoßen. Dessen Weiterentwicklung wurde im Jahr 2015 präsentiert. Anfang Februar 2017 hat die Bundesregierung eine demografiapolitische Bilanz zum Ende der 18. Legislaturperiode vorgelegt. Sie stellt die für die Gestaltung des demografischen Wandels wesentlichen Trends sowie wichtige von der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode ergriffene Maßnahmen dar.

Angesichts der geschilderten Veränderungen in unserem Land bezieht sich die Demografiestrategie auf alle vom demografischen Wandel betroffenen Lebensbereiche. Sie zielt mit diesem breiten Ansatz darauf ab,

- ▶ das wirtschaftliche Wachstumspotenzial zu stärken, um den erreichten materiellen Wohlstand fortzuentwickeln und an künftige Generationen weitergeben zu können,



- ▶ den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu bewahren und zu fördern – in den Familien, zwischen den Generationen, zwischen Kranken und Gesunden, Wohlhabenden und weniger Wohlhabenden, Menschen mit und ohne Behinderungen sowie zwischen Menschen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund,
- ▶ die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und eine hohe Lebensqualität in den vom demografischen Wandel sehr unterschiedlich betroffenen ländlichen und städtischen Regionen zu befördern und
- ▶ durch solide Finanzen die Handlungsfähigkeit des Staates, die Verlässlichkeit der sozialen Sicherungssysteme und einen attraktiven und modernen öffentlichen Dienst dauerhaft zu gewährleisten.

In Bezug auf die Fachkräftesicherung als eines der Schlüsselthemen der deutschen Wirtschaft verfolgt die Bundesregierung im Rahmen der Demografiestrategie fünf Ansatzpunkte. Dies sind Aktivierung und Beschäftigungssicherung, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Pflege und Beruf, Schaffung von Bildungschancen für alle von Anfang an, Aus- und Weiterbildung sowie Integration und qualifizierte Zuwanderung. Schwerpunktgruppen sind Frauen, ältere Erwerbstätige und Menschen mit Migrationshintergrund.

Weitere Ansatzpunkte für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung liegen in der Erhöhung der Innovationskraft und des Produktivitätswachstums. Die positive Arbeitsmarktentwicklung mit Rekordständen bei der Erwerbstätigkeit, die wachsende Attraktivität unseres Landes für Studierende und Fachkräfte aus dem Ausland und die steigenden Bildungs- und Forschungsinvestitionen sind ermutigende Zeichen, dass die Stabilisierung des Wachstumspotenzials auch unter veränderten demografischen Rahmenbedingungen gelingen kann.

Japan steht dem Thema Zuwanderung bisher sehr zögerlich gegenüber. In Japan ist Einwanderung traditionell eher nicht erwünscht, allenfalls zeitlich begrenzte Arbeitskräftezuwanderung von Hochqualifizierten – gesteuert über ein Punktesystem – ist bisher geduldet. Weitere zaghafte Öffnungsversuche konkurrieren mit innovationspolitischen Bestrebungen, verstärkt Roboter einzusetzen, beispielsweise im Pflegebereich. Ein Anstieg der Geburtenrate ist derzeit nicht abzusehen. Die verstärkte Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt und die längere Einbindung von Älteren in das Berufsleben reichen nicht aus, um die Schrumpfung des Erwerbspersonenpotenzials auszugleichen. Aktuell wird bereits ein negativer Einfluss der demografischen Entwicklung auf die Wirtschaftsleistung in Japan gesehen.

In **China** wird die Bevölkerung noch für einen erheblichen Zeitraum wachsen und etwa im Jahr 2030 ein Maximum erreichen. Wie in Japan spielt Migration bisher keine nennenswerte Rolle. Allerdings sorgt eine hohe Binnenmigration schon derzeit für ein deutliches Stadt-Land-Gefälle mit den entsprechenden Problemen. Auf lange Sicht wird die „Ein-Kind-Politik“ – auch wenn seit 2016 zwei Kinder erlaubt sind – zu einer erheblichen Altenlast führen.

Zusammenfassend zeigt sich, dass zwar ähnliche demografische Trends in unterschiedlichen Kulturkreisen zu beobachten sind. Insgesamt wird aber deutlich, dass gesellschaftliche Wertvorstellungen die Entwicklungen prägen und daher bei der Entwicklung von Lösungsansätzen (Maßnahmen zur Steigerung der Geburtenrate, höhere Zuwanderung, Erhöhung des Renteneintrittsalters) nicht ausgeblendet werden dürfen.

Kontakt: Reinhard Heck und Dr. Christhart Bork
Referat: Wachstum; Demografie; Statistik

Literaturverzeichnis

Jürgen Dobritz (BiB) und Gabriele Vogt (Universität Hamburg), „Rasanter demografischer Wandel – Deutschland und Japan im Vergleich“ in: Bevölkerungsforschung Aktuell 4.2015

Wolfgang Taubmann, „Bevölkerungsentwicklung in China“; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

www.demografie-portal.de/DE/Home/home_node.html

www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/Bevoelkerungsvorausberechnung.html
